

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 08.04.2024

Antragsteller: Bürgerinitiative  
Freifahrt.Jetzt.Schwerin  
Bearbeiter/in:  
Telefon:

**Antrag  
Drucksache Nr.**

**öffentlich**

01179/2024

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

Einwohnerantrag der Bürgerinitiative Freifahrt.Jetzt.Schwerin zur Einführung eines solidarisch finanzierten entgeltfreien Nahverkehrs in Schwerin gemäß § 18 KV M-V

## Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen, dass zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein "entgeltfreier öffentlicher Nahverkehr, solidarisch finanziert", für alle Einwohner und Einwohnerinnen Schwerins eingeführt werden soll.

## Begründung

Der Schweriner Nahverkehr ist unser städtisches Eigentum. Ihn entgeltfrei zu gestalten, ist ein effektiver Schritt, die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller unserer Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner zu sichern und spürbar zu vereinfachen. Ein entgeltfreier Nahverkehr erleichtert den Umstieg vom Privatfahrzeug auf Straßenbahn und Stadtbus. Die Attraktivität und die Auslastung unseres Nahverkehrs werden damit klar verbessert. Ein entgeltfreier Nahverkehr ist eine schlüssige Antwort auf die aktuellen Herausforderungen zur Verbesserung von Solidargemeinschaft, Teilhabegerechtigkeit, Verkehrssicherheit, Gesundheit und städtischer Aufenthaltsqualität und leistet einen entscheidenden Beitrag zur notwendigen Mobilitätswende - und damit generell zu Umwelt- und Klimaschutz.

Neben anderen möglichen Finanzierungen schlägt die Bürgerinitiative als solidarische Finanzierungsmöglichkeit vor, dass die Einwohner und Einwohnerinnen von Schwerin ab 18 Jahre (ohne Schwerbehinderte) die Finanzierung für ein Bürgerticket in Höhe von 11 €/ Monat leisten. Auch die Einpendler mit 8 €/ Monat und Hotelgäste mit 3 €/ Aufenthalt werden hierbei anteilig einbezogen. Die Fahrscheinkosten für den ÖPNV entfallen damit vollständig. Wichtige Besonderheit: Der städtische Haushalt wird nicht belastet.

Sofern hierfür landesrechtliche Grundlagen erforderlich sein sollten, wird der

Oberbürgermeister gebeten, sich für deren Schaffung bei der Landesregierung einzusetzen.

**über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

**Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

**Anlagen:**

keine

---

gez. i.V. Gottreich Albrecht, z.Z. Sprecher der Bürgerinitiative